

## Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 22.09.2016,  
im Kreishaus Borken, Großer Sitzungssaal (Raum 2180)

Beginn: 17:00 Uhr  
Ende: 18:25 Uhr

### Anwesend:

#### Vorsitz:

Dr. Kai Zwicker Landrat

#### CDU:

Bernadette Aehling	Borken
Arno Berning	Raesfeld
Michael Boland	Bocholt
Annette Brun	Heiden
Barbara Büscher	Stadtlohn
Annette Demes	Ahaus
Heinz-Josef Elpers	Ahaus
Frank Engbers	Südlohn
Sven Gabbe	Gronau
Magdalene Garvert	Rhede
Ulrich Gühnen	Isselburg
Stefan Hegering	Bocholt
Markus Jasper	Heek
Ulrich Kipp	Vreden
Anne König	Borken
Ludger Konrad	Stadtlohn
Berthold Langehaneberg	Legden
Paul Lensing	Borken
Heinrich Lübbering	Vreden
Helmut Möllenkotte	Schöppingen
Stephanie Pohl	Gescher
Dr. Heinrich Render	Ahaus
Markus Schulte	Gronau
Silke Sommers	Bocholt
Wilhelm Stilkenbäumer	Reken
Ralph Thiemann	Bocholt
Christel Wegmann	Rhede
Carsten Wendler	Velen
Birgit Wirtz	Gronau

**SPD:**

Heidi Buskase	Gronau
Hans-Georg Fischer	Ahaus
Otger Harks	Stadtlohn
Manfred Kuiper	Heek
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld
Gerhard Ludwig	Borken
Dominique Niemeyer	Borken
Ulrike Nitsch	Vreden
Heiko Nordholt	Gronau
Uta Röhrmann	Bocholt
Barbara Seidensticker-Beining	Südlohn
Gerti Tanjsek	Bocholt
Norbert Wanning	Rhede

**UWG:**

Angelika Dannenbaum	Ahaus
Heinz Gausling	Legden
Johannes Kisfeld	Stadtlohn
Markus Krafczyk	Bocholt
Jörg von Borczyskowski	Gronau

**DIE GRÜNEN:**

Dietmar Eisele	Ahaus
Sandra Krüger	Borken
Maja Saatkamp	Borken
Jens Steiner	Heek

**FDP:**

Bastian Nitsche	Borken
-----------------	--------

**Gäste:**

Peter Kleyboldt	Geschäftsführer der Entsorgungs- gesellschaft (EGW) mbH	ab TOP 5 (17:20 Uhr)
-----------------	--	----------------------

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

Dr. Ansgar Hörster	Kreisdirektor
Dr. Hermann Paßlick	Ltd. Kreisrechtsdirektor
Wilfried Kersting	Kreiskämmerer
Michael Weitzell	
Karlheinz Gördes	
Markus Prangenberg	
Elisabeth Büning	
Doris Gausling	
Stefan Kranz	
Katharina Geuking	
Simone Werk	

**Es fehlen entschuldigt:**

Heidi Breuer	Südlohn
Hubert Grothues	Ltd. Kreisbaudirektor
Volker Jürgen Himmel	Gronau
Wolfgang Klein	Ahaus
Theo Sanders	Bocholt
Helmut Seifen	Gronau
Stephan Strestik	Gronau
Marco van den Berg	Bocholt
Gertrud Welper	Vreden

**Erledigung der Tagesordnung:**

Landrat Dr. Zwicker eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen, insbesondere auch die anwesenden Schüler des Philosophieurses der Abschlussstufe (Q2) des Gymnasiums Remigianum, die als Zuhörer der Sitzung beiwohnen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenken die Mitglieder des Kreistages des verstorbenen Trägers der Ehrenplakette des Kreises Borken, Herrn Karl Heinz Blickmann aus Bocholt.

Anschließend gratuliert Landrat Dr. Zwicker der Kreistagsabgeordneten Anne König zur Geburt des Sohnes und überreicht einen Blumenstrauß.

Landrat Dr. Zwicker stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Kreistag beschlussfähig ist.

Er weist auf einen Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 12.09.2016 und auf einen Antrag der CDU-Fraktion vom 21.09.2016 hin. Beide Anträge hätten eine Resolution zu den geplanten Castortransporten von Jülich nach Ahaus zum Inhalt. Landrat Dr. Zwicker schlägt vor, die Tagesordnung im öffentlichen Teil um einen neuen TOP 9 mit den Unterpunkten 9.1 und 9.2 zu erweitern. Widerspruch ergibt sich nicht. Weitere Änderungen oder Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

**A. Öffentlicher Teil****Punkt 1: Einwohnerfragestunde**

---

Einwohnerfragen liegen nicht vor.

**Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 23.06.2016**

---

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung am 23.06.2016 wird genehmigt.

**Punkt 3: Einleitung eines Benehmensverfahrens mit den Städten und Gemeinden zur vorgesehenen Änderung der Festsetzung der Kreisumlage im Rahmen einer Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2016  
Vorlage: 0211/2016**

---

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting  
Landrat Dr. Kai Zwicker

Die beabsichtigte Einleitung eines Benehmensverfahrens mit den Städten und Gemeinden zur vorgesehenen Änderung der Festsetzung der Kreisumlage im Rahmen einer Nachtragssatzung für das Haushaltsjahr 2016 wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 4: Aktuelle Flüchtlingssituation  
(Vorlage wurde nachgereicht am 14.09.2016)  
Vorlage: 0214/2016**

---

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster  
Landrat Dr. Kai Zwicker

Der Sachstand zur aktuellen Flüchtlingssituation wird zur Kenntnis genommen.

**Punkt 5: Integrationskonzept Kreis Borken  
Vorlage: 0207/2016/1**

---

Es wird auf die Ausführungen zu TOP 5.1 verwiesen.

**Punkt 5.1: Integrationskonzept Kreis Borken  
(Überarbeitung v. 16.09.2016)  
Vorlage: 0207/2016/2**

---

Berichterstatter: Kreisdirektor Dr. Ansgar Hörster

Der Entwurf des Integrationskonzeptes sei interfraktionell und mit den Städten und Gemeinden abgestimmt worden, erläutert Kreisdirektor Dr. Hörster.

Fraktionsübergreifend werde „Integration“ als herausfordernde, dauerhafte Aufgabe gesehen. Das Konzept solle hier eine Unterstützung bieten. Zu beachten sei, das Konzept im Laufe des Umsetzungsprozesses dynamisch zu halten.

**Beschluss:** einstimmig

Dem Integrationskonzept Kreis Borken wird zugestimmt.

**Punkt 6: Feststellung des Jahresabschlusses des Kreises Borken für das Haushaltsjahr 2015, Entlastung des Landrates für den Jahresabschluss 2015 und Behandlung des Jahresüberschusses**  
**Vorlage: 0180/2016**

---

Berichterstatter: Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses  
Norbert Wanning  
Doris Gausling  
Kreiskämmerer Wilfried Kersting

Landrat Dr. Zwicker übergibt die Sitzungsleitung an die stellvertretende Landrätin Sommers. Er nimmt an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Nach der Abstimmung übernimmt Landrat Dr. Zwicker wieder die Sitzungsleitung.

**Beschluss:** einstimmig

1. Der Jahresabschluss des Kreises Borken zum 31.12.2015 wird in der vom RPA in seiner Sitzung am 01.09.2016 testierten Fassung mit einer Bilanzsumme von 438.117.287,44 € und einem Jahresüberschuss von 6.742.799,79 € festgestellt.
2. Dem Landrat wird für den Jahresabschluss 2015 gemäß § 96 Abs. 1 GO NRW Entlastung erteilt.
3. Der Jahresüberschuss für das Haushaltsjahr 2015 in Höhe von 6.742.799,79 € wird der Ausgleichsrücklage zugeführt (§ 96 Abs. 1 GO NRW).
4. Für das Haushaltsjahr 2015 wird eine Abrechnung der Jugendamtsumlage gem. § 56 Abs. 5 S. 2 KrO NRW vorgenommen. Gegenüber den 13 kreisangehörigen Städten und Gemeinden ohne eigenes Jugendamt besteht eine Verpflichtung aus der Erhebung der Jugendamtsumlage in Höhe von 348.011,29 €. Die Abrechnungsbescheide sind an die betroffenen Städte und Gemeinden umgehend nach Feststellung des Jahresabschlusses 2015 zu erlassen. Die Abrechnungsbeträge sind zum 30.06.2017 fällig.

**Punkt 7: Vorlage des Entwurfs des Gesamtabchlusses 2015**  
**Vorlage: 0184/2016**

---

Berichterstatter: Kreiskämmerer Wilfried Kersting

**Beschluss:** einstimmig

Der Entwurf des Gesamtabchlusses 2015 wird im Anschluss an die Zuleitung an den Kreistag zur Prüfung an den Rechnungsprüfungsausschuss weitergeleitet.

---

**Punkt 8: Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes des Kreises Borken**  
**Vorlage: 0163/2016**

---

Berichterstatter: Geschäftsführer EGW mbH Peter Kleyboldt

**Beschluss:** einstimmig

1. Dem der Sitzungsvorlage beigefügten Entwurf der Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes für den Kreis Borken für die Jahre 2017 - 2021 wird zugestimmt.
2. Dem vorgeschlagenen Verfahren zur Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Beteiligungsverfahren für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden einzuleiten.

---

**Punkt 9: Resolution zu Castortransporten nach Ahaus**

---

**Punkt 9.1: Resolution zu den geplanten Castortransporten mit dem Atommüll von Jülich nach Ahaus**  
**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12.09.2016**  
**Vorlage: 0213/2016**

---

Es wird auf die Ausführungen zu TOP 9.3 verwiesen.

**Punkt 9.2: Mögliche Transporte der AVR-Brennelemente aus Jülich in das Zwischenlager Ahaus; zum Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 12.09.2016;**  
**Antrag der CDU-Fraktion v. 21.09.2016**  
**Vorlage: 0216/2016**

---

Es wird auf die Ausführungen zu TOP 9.3 verwiesen.

---

**Punkt 9.3: Gemeinsame Resolution zu möglichen Transporten der AVR-Brennelementen aus Jülich in das Zwischenlager Ahaus**

---

Neben dem Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen vom 12.09.2016 liege auch ein Antrag der CDU-Fraktion vom 21.09.2016 vor, der aus seiner Sicht der weitergehende Antrag sei, informiert Landrat Dr. Zwicker. Auf seinen Vorschlag, die Anträge gemeinsam zu beraten, ergibt sich kein Widerspruch.

Kreistagsabgeordneter Steiner erklärt, der Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen sei der konkretere Antrag. Der Antrag der CDU-Fraktion sei zwar ähnlich und werde auch von der Fraktion B'90/Die Grünen begrüßt, doch sei dieser nicht so klar in der Aussage. Letztendlich ginge es um die Vermeidung unnötiger Transporte von Castorbehältern. In dieser Sache müsse die Region eine klare Position beziehen.

Sowohl Kreistagsabgeordnete Lindenhahn als auch Kreistagsabgeordneter von Borczykowski teilen diese Auffassung.

Der CDU-Fraktion sei wichtig gewesen, die komplexe Thematik gründlich und rechtlich aufzuarbeiten, um eine fundierte Begründung für die Ablehnung der infrage stehenden Castortransporte vorlegen zu können, merkt Kreistagsabgeordneter Jasper an. Inhaltlich lägen die Zielrichtungen beider Anträge nicht auseinander. Aus seiner Sicht reiche die Begründung im Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen für eine Ablehnung der Transporte aber nicht aus. Sowohl das Land als auch der Bund hätten Zuständigkeiten. Daher sei es zwingend, diese in der Resolution auch deutlich zu benennen.

Kreistagsabgeordneter Ludwig fasst zusammen, dass alle Fraktionen das gleiche Ziel mit leichten Abweichungen verfolgen. Seiner Meinung nach sei es nun sinnvoller, einen gemeinsamen Vorschlag zu erarbeiten, statt den einen Antrag mit Mehrheit abzulehnen und den anderen Antrag nicht einstimmig zu beschließen.

Auf den Vorschlag von Landrat Dr. Zwicker, zunächst über den Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen und anschließend über den Antrag der CDU-Fraktion zu beschließen, beantragt Kreistagsabgeordnete Lindenhahn eine Sitzungsunterbrechung, um sich interfraktionell beraten zu können.

Die Sitzung wird in der Zeit von 17:45 Uhr bis 17:55 Uhr unterbrochen.

Zu Beginn der Fortsetzung der Sitzung teilt Kreistagsabgeordneter Jasper mit, dass interfraktionell ein gemeinsamer Vorschlag für eine Resolution während der Sitzungsunterbrechung erarbeitet worden sei. Sodann verliest er diesen Vorschlag.

Der Antrag der Fraktion B'90/Die Grünen werde zurückgezogen, bestätigt Kreistagsabgeordneter Steiner auf Nachfrage von Landrat Dr. Zwicker. Gleiches gelte für den Antrag der CDU-Fraktion, teilt Kreistagsabgeordneter Jasper mit.

Sodann lässt Landrat Dr. Zwicke über den interfraktionell gemeinsam erarbeiteten Vorschlag abstimmen.

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreistag des Kreises Borken fordert:

1. Der Kreistag des Kreises Borken schließt sich der Resolution der Stadt Ahaus aus dem Jahre 2011 insbesondere dahingehend an, dass die Sicherheit der Bevölkerung oberste Priorität haben muss, dass die Information und Kommunikation des Forschungszentrums Jülich bzw. der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH und der beteiligten Behörden deutlich zu verbessern ist.  
Der Kreistag des Kreises Borken lehnt die geplanten Transporte der Castorbehälter ab, weil er sie nach den derzeit vorliegenden Informationen für unnötig erachtet.
2. Der Kreistag des Kreises Borken fordert alle Beteiligten, insbesondere das Ministerium für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen (MWEIMH) als atomrechtlich zuständige Aufsichtsbehörde auf, die weiteren Optionen, insbesondere die weitere sichere Lagerung der AVR-Brennelemente am Standort Jülich, intensiv zu prüfen und ggf. zu ermöglichen, um unnötige Transporte zu vermeiden.

**Begründung:**

Von 1967-1988 wurde von der Arbeitsgemeinschaft Versuchsreaktor GmbH (AVR) der sogenannte AVR-Reaktor in unmittelbarer Nähe des Forschungszentrums in Jülich betrieben. Bereits vor der Einstellung des Reaktorbetriebes begann auch die Diskussion um den Rückbau des Reaktors und die Unterbringung der AVR-Brennelemente, die derzeit in 152 Castor-Behältern in einem Zwischenlager auf dem Campus-Gelände des Forschungszentrums Jülich (FZJ) lagern (so genanntes AVR-Behälterlager).

Dabei rückten im Laufe der Zeit drei Alternativen in den Mittelpunkt:

1. Transport der Brennelemente in das Herkunftsland USA
2. Neubau eines Zwischenlagers am Standort Jülich
3. Transport in das Brennelemente-Zwischenlager nach Ahaus

Alle drei Alternativen sollten gleichrangig behandelt werden. Für die Option Ahaus wurde im Jahre 2009 eine Aufbewahrungsgenehmigung für die 152 Castor-Behälter für das Brennelemente-Zwischenlager in Ahaus beim Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) beantragt.

In einer Pressekonferenz im November 2011 erklärte der FZJ-Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Huthmacher, dass eine Verlagerung der AVR-Brennelemente „aus Imagegründen“ nach Ahaus erfolgen soll. Nicht zuletzt aufgrund dieser Aussage und aufgrund mangelnder Kommunikation mit der Stadt Ahaus hat der Rat der Stadt Ahaus am 20.12.2011 folgende einstimmige Resolution gefasst:

1. *Der Rat der Stadt Ahaus hat wiederholt beschlossen, dass die Sicherheit der Ahauser Bevölkerung oberste Priorität hat.*
2. *Der Rat der Stadt Ahaus kritisiert die völlig unzureichende Informationspolitik des Forschungszentrums Jülich wie auch des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Entscheidungen, die für unsere Stadt bedeutsam sind, aus der Presse erfahren zu müssen ist vor allem vor dem Hintergrund, dass der Stadt mehrfach eine frühzeitige Information zugesichert worden ist, nicht zu akzeptieren.*
3. *Der Rat der Stadt Ahaus muss zur Kenntnis nehmen, dass in den vergangenen drei Jahren offensichtlich nicht, wie bisher öffentlich dargestellt, mehrere Alternativen zur weiteren Lagerung der Brennelemente aus dem AVR-Kugelhaufenreaktor geprüft wurden, sondern sich das Prüfverfahren ausschließlich auf den Transport nach Ahaus erstreckt hat. Schon aus diesem Grund fordert der Rat der Stadt Ahaus das Forschungszentrum Jülich auf, schnellstmöglich auf der Grundlage des Genehmigungsantrages von 2007 alle rechtlichen Möglichkeiten zu prüfen, die Brennelemente im Rahmen einer zunächst vorläufigen und später endgültigen Zwischenlagerungsgenehmigung weiterhin in Jülich zu lagern.*
4. *Insbesondere vor diesem Hintergrund stellt der Rat der Stadt Ahaus fest, dass die Verantwortung für die 152 Castorbehälter im Falle einer Reparaturbedürftigkeit und zur Endlagerungskonditionierung weiterhin beim Forschungszentrum Jülich bleibt.*
5. *Ein Transport von abgebrannten Brennelementen aus dem Forschungszentrum Jülich in das Zwischenlager Ahaus aus Imagegründen lehnt er deshalb ab.*
6. *Durch das Verhalten von Forschungszentrum, Bundesministerium für Bildung und Forschung wie auch der NRW-Landesregierung und der daraus resultierenden öffentlichen Auseinandersetzung ist bereits beträchtlicher Schaden für den Wirtschaftsstandort Ahaus entstanden. Zur Begrenzung sind alle Beteiligten gefordert, eine sichere, transparente und konsensfähige Lösung zu finden.*

Im Jahr 2012 erklärt der Aufsichtsrat des FZJ, dass der Transport in die USA favorisiert, eine Verlängerung der Lagerung in Jülich beantragt und das Ahaus-Verfahren ruhend gestellt werden würde. Die USA-Option wurde als Entsorgungsvorsorgenachweis vom Bundesumweltministerium und vom Wirtschaftsministerium NRW akzeptiert.

Am 30.6.2013 lief die atomrechtliche Genehmigung für das Zwischenlager in Jülich aus. Am 2. Juli 2014 verfügte das Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und

Handwerk des Landes Nordrhein-Westfalen (MWEIMH) als atomrechtlich zuständige Aufsichtsbehörde, dass das FZJ als Betreibergesellschaft des AVR-Behälterlagers verpflichtet wird, die AVR-Brennelemente unverzüglich aus Jülich zu entfernen. Damit ist der Betreiber in der Pflicht sich um eine alternative Lagerungsmöglichkeit zu kümmern, da er sich u. U. strafrechtlich zu verantworten hätte, wenn er Kernbrennstoffe ohne Erlaubnis lagert.

Das Genehmigungsverfahren für die Einlagerung in Ahaus wurde nach dieser Entscheidung wieder aufgenommen.

Das BfS erteilte im Juli 2016 die Genehmigung zur Zwischenlagerung der AVR-Brennelemente in Ahaus (7 Jahre nach der ursprünglichen Beantragung). Eine Transportgenehmigung ist damit nicht verbunden.

In seiner Sitzung am 30. August 2016 hat der Stadtrat in Ahaus einstimmig beschlossen, mögliche rechtliche Schritte gegen das BfS aufgrund dieser Genehmigung zu prüfen.

Die Jülicher Entsorgungsgesellschaft Nuklearanlagen GmbH (JEN), die seit 2015 verantwortlich für den Reaktorrückbau und den Umgang mit den AVR-Brennelementen ist, erklärt auf ihrer Homepage ([www.avr-brennelemente.de](http://www.avr-brennelemente.de)) zu dem Sachverhalt u. a. (Stand: 20.9.2016):

*„(...)Parallel werden auch die Optionen einer Rückführung der AVR-Brennelemente in die USA und ein möglicher Neubau eines Zwischenlagers am Standort Jülich weiterhin geprüft. Bis zur abschließenden Klärung, welche der drei Optionen am schnellsten realisiert werden kann, ist es das Ziel der Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN) als Besitzerin der AVR-Brennelemente, alle Optionen offen zu halten und weiter zu konkretisieren. Die tatsächliche Entscheidung über den weiteren Verbleib der AVR-Brennelemente trifft die Jülicher Entsorgungsgesellschaft für Nuklearanlagen mbH (JEN) in enger Abstimmung mit dem Wirtschaftsministerium NRW als zuständige Atomaufsicht.“*

---

## **Punkt 10: Umbesetzung von Ausschüssen/Gremien**

---

### **Punkt 10.1: Umbesetzung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr (SPNV) Münsterland Vorlage: 0145/2016**

---

Berichterstatter: Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

**Beschluss:** einstimmig

Der Kreistag bestellt KORR Dr. Gerswid Altenhoff-Weber zur Stellvertreterin von Ltd. KRD Dr. Hermann Paßlick in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Schienenpersonennahverkehr (SPNV) Münsterland.

---

**Punkt 11:      MobiTicket - Weiterführung und Ausweitung auf die Preisstufen 3 und 4**  
**Vorlage: 0181/2016**

---

Berichterstatter:                      Ltd. Kreisrechtsdirektor Dr. Hermann Paßlick

**Beschluss:**                              einstimmig

1. Der Kreis Borken wird das MobiTicket im Jahr 2017 weiter anbieten. Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Bewilligung von Landesmitteln.
2. Das MobiTicket wird ab dem 01.10.2016 auf die Preisstufen 3 und 4 ausgeweitet. Diese Änderung steht unter dem Vorbehalt eines münsterlandweit einheitlichen Vorgehens und der Genehmigung der Bezirksregierung Münster.

---

**Punkt 12:      Landschaftsplanung im Kreis Borken - Landschaftsplan "Heek-Legden"**  
**a) Beratung und Beschlussfassung über die von den Trägern öffentlicher**  
**Belange und privaten Einwendern vorgetragenen Anregungen,**  
**Bedenken und Hinweise**  
**b) Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 0152/2016**

---

Berichterstatter:                      Stefan Kranz (FE 66)

Landrat Dr. Zwicker weist auf die Anzeigeverpflichtung bei bestehender Befangenheit hin. Auf Vorschlag des Landrates, über die Beschlussempfehlung insgesamt abzustimmen, erhebt sich kein Widerspruch.

Kreistagsabgeordnete Saatkamp lobt, dass der Naturschutzgebiet-Status für das „Donseler Feld“ erhalten bleibe.

Um feststellen zu können, ob die Grünlandflächen im Kreisgebiet ansteigen oder zurückgehen, bittet Kreistagsabgeordneter von Borczyskowski die Verwaltung die Größenentwicklung der Grünlandflächen darzustellen.

Landrat Dr. Zwicker sagt eine Darstellung über die Niederschrift zur Kreistagssitzung zu.

Anmerkung der Verwaltung:

*Die Landesdatenbank NRW weist für den Kreis Borken insgesamt einen Rückgang landwirtschaftlicher Fläche im Zeitraum zwischen 1994 und 2015 um etwa 8 % an der Gesamtfläche des Kreises von 100.419 ha auf 93.132 ha aus. Dabei hat sich der Anteil des Grünlandes von 30,6% auf 15,5% zu reduziert, während der Ackerlandanteil im gleichen Zeitraum um mehr als 12% auf 49% angewachsen ist.*

**Beschluss:**                              einstimmig bei 5 Enthaltungen

- a) Über die im Rahmen der Offenlegung von den Trägern öffentlicher Belange und den privaten Einwendern vorgetragenen Anregungen, Bedenken und Hinweise wird entsprechend den in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Vorschlägen beschlossen.
- b) Der Landschaftsplan "Heek-Legden" wird als Satzung beschlossen.

- Punkt 13:      Landschaftsplanung im Kreis Borken - Landschaftsplan "Südlohn"**  
**a) Beratung und Beschlussfassung über die von den Trägern öffentlicher Belange und privaten Einwendern vorgetragene Anregungen, Bedenken und Hinweise**  
**b) Satzungsbeschluss**  
**Vorlage: 0154/2016**
- 

Berichtersteller:                   Stefan Kranz (FE 66)

Landrat Dr. Zwicker weist auf die Anzeigeverpflichtung bei bestehender Befangenheit hin. Auf Vorschlag des Landrates, über die Beschlussempfehlung insgesamt abzustimmen, erhebt sich kein Widerspruch.

Kreistagsabgeordneter Engbers erklärt sich für befangen und nimmt weder an der Beratung noch an der Beschlussfassung teil.

**Beschluss:**                               einstimmig bei 9 Enthaltungen

- a)      Über die im Rahmen der Offenlegung von den Trägern öffentlicher Belange und den privaten Einwendern vorgetragene Anregungen, Bedenken und Hinweise wird entsprechend den in den Anlagen 1 und 2 aufgeführten Vorschlägen beschlossen.
- b)      Der Landschaftsplan "Südlohn" wird als Satzung beschlossen.

- Punkt 14:      Bildung der Einigungsstelle nach dem Personalvertretungsgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LPVG NRW)**  
**Vorlage: 0210/2016**
- 

Berichtersteller:                   Landrat Dr. Kai Zwicker

**Beschluss:**                               einstimmig

1. Zum Vorsitzenden der Einigungsstelle wird bestellt:  
Herr Dr. Klaus Wessel, Vorsitzender Richter am Landesarbeitsgericht Hamm  
Zu seinem Stellvertreter:  
Herr Dr. Martin Middeler, Direktor des Amtsgerichts Borken  
Die Zahl der Beisitzer wird auf 12 festgelegt.
2. Zu Beisitzerinnen und Beisitzern werden seitens der Arbeitgeber bestimmt:
  - a)      Frau Ingrid Beutel-Menzel, Leiterin des Fachbereiches Zentrale Steuerung der Stadt Coesfeld
  - b)      Herr Jörg Heselhaus, Leiter Fachbereich Allgemeine Verwaltung der Gemeinde Raesfeld
  - c)      Frau Dr. Gerswid Altenhoff-Weber, Leiterin des Fachbereichs Verkehr der Kreisverwaltung Borken; bislang Leiterin der Personalverwaltung der Kreispolizeibehörde Borken
  - d)      Frau Monika Nagel, Leiterin Fachbereich Personal, Organisation und Archiv der Stadt Borken
  - e)      Herr Jürgen Lammers, Leiter Fachbereich Allgemeine Verwaltung, Schule, Jugend und Kultur Gemeinde Heek
  - f)      Herr Stephan Beck, Leiter der Abteilung Personal des Kreises Coesfeld

**Punkt 15: Mitteilungen der Verwaltung**

---

Keine

**Punkt 16: Anfragen**

---

**Punkt 16.1: Fischsterben**

---

Kreistagsabgeordnete Tanjsek erkundigt sich, ob es neue Erkenntnisse zum Fischsterben im Rheder Bach gebe.

Landrat Dr. Zwicker verweist auf die Berichterstattung der Presse. Zusätzlich erfolge eine Information über die Niederschrift zur Kreistagssitzung vom 22.09.2016.

Anmerkung der Verwaltung:

*Am 16.09.2016 kam es im Bereich der Stadt Rhede aufgrund einer Einleitung in einen Nebengewässer der Bocholter Aa zu einer Verunreinigung des Gewässers und nachfolgend zu einem Fischsterben im Rheder Bach. Die Rufbereitschaft des Fachbereiches 66 ergriff in Zusammenarbeit mit der Ortsbehörde umgehend die notwendigen Maßnahmen. Ursache und Verursacher der Verunreinigung konnten ermittelt, eine weitere Einleitung somit sofort untersagt werden. U. a. wurden das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz Nordrhein-Westfalen sowie die Bezirksregierung Münster informiert und es wurden Wasserproben entnommen. Mit dem Verursacher wurde die künftige Vorgehensweise zur Verhinderung eines erneuten Zwischenfalls erörtert. Die Höhe des entstandenen Schadens ist derzeit noch nicht quantifizierbar. Die polizeilichen Ermittlungen in der Sache wurden aufgenommen.*

Kreistagsabgeordneter Eisele fragt an, welche Informationen der Kreisverwaltung zu einem Fischsterben in einem Biotop in Wessum vorliegen. Auch diese Frage werde über die Niederschrift zur Kreistagssitzung beantwortet, sagt Landrat Dr. Zwicker zu.

Anmerkung der Verwaltung:

*Informationen zu einem Fischsterben in einem Biotop in Ahaus-Wessum liegen im Fachbereich Natur und Umwelt nicht vor.*

Landrat Dr. Zwicker schließt die Sitzung.

---

gez.  
Dr. Kai Zwicker

---

gez.  
Simone Werk